

40 Jahre Gemeindefusion – Zwangsvereinigung, Vernunftehhe, Liebesheirat?

Mit der Unterzeichnung des Fusionsvertrags der Gemeinden Eggenstein und Leopoldshafen am 17. Mai 1974 wurde das Ende der Selbständigkeit der Hardtgemeinden im Rahmen der Verwaltungsreform besiegelt. ...



3. Teil – Die Entscheidung steht an – letzte Bemühungen

Zwischenspiel Kreisreform

Parallel zu den Diskussionen um die Gemeindereform sah ein Entwurf der Landesregierung die Reduktion der bisher 63 Landkreise auf bis zu 25 vor. Ab dem Sommer 1970 wurde es ernst. Bis zur Verabschiedung des Kreisreformgesetzes, das am 1. Januar 1973 in Kraft trat, war von der Auflösung des Landkreises Karlsruhe und die Integration des nördlichen Teils in den Kreis Bruchsal die Rede. Dies brachte natürlich wieder den Oberbürgermeister von Karlsruhe auf den Plan. Otto Dullenkopf versuchte dem Innenminister in einem Schreiben darzulegen, dass insbesondere Leopoldshafen durch das Kernforschungszentrum intensive Verflechtungen mit der Stadt Karlsruhe hatte und deshalb eine Eingliederung in das Stadtgebiet einen Sinn mache. Wäre dieses Schreiben den örtlichen Gemeinderäten und Bürgern damals bekannt gewesen, es hätte sicherlich zu einem Aufschrei geführt.

Hektische Diplomatie

Im Dezember 1972 wurden die Zielplanungsgrundsätze der Landesregierung bekannt. Als Mindestgröße waren demnach 8.000 Einwohner, für großstädtische Verdichtungsräume sogar 20.000 Einwohner vorgegeben.

Daraufhin startete Neureuts Bürgermeister Meinzer einen erneuten Versuch der Eingemeindung zu entgehen und schlug die Bildung einer „Großen Kreisstadt“ zusammen mit Eggenstein und Leopoldshafen vor. Dieser Vorschlag erhielt jedoch im Innenministerium prompt eine Absage. Da half es auch nichts, dass sich in Neureut eine Bürgerinitiative bildete, die mit viel Wirbel auf sich aufmerksam machte.

Eggensteiner und Leopoldshafener machten sich auf, nun doch mit den nördlichen Nachbarn zu verhandeln und das von der Landesregierung vorgeschlagene Modell einer Verwaltungsgemeinschaft von Eggenstein bis Hochstetten weiterzuverfolgen. Doch inzwischen hatten sich die Linkenheimer bereits um eine Verbindung mit Liedolsheim bemüht.

Jedoch – alle Gespräche unter den Hardtgemeinden blieben ohne greifbaren Erfolg. Die Interessenlage bei der Bildung von Verwaltungsgemeinschaften war doch viel zu unterschiedlich. Am Ende konnte sich das Landesmodell nicht durchsetzen; man einigte sich am 9. März 1973 vorläufig unter Einbeziehung von Neureut lediglich auf zwei Einheitsgemeinden, nämlich Neureut-Leopoldshafen und Linkenheim-Liedolsheim.

Die Entscheidung – dritte Anhörungsrunde

Im Vorfeld der dritten, entscheidenden Anhörungsrunde, die am 16. März im Kurhaus von Reichenbach stattfinden sollte, veröffentlichte die Landesregierung ihre neuen Zielplanungen. Noch immer war von dort eine Einheitsgemeinde Eggenstein-Hochstetten geplant und Neureut zur Eingemeindung nach Karlsruhe freigegeben. Darüber hinaus war vorgegeben, dass die Zusammenarbeit im Stadtumland in Nachbarschaftsverbänden zu erfolgen hatte. Außerdem sollte Leopoldshafen als zentral gelegener Ort Verwaltungssitz der neuen Gemeinde werden – natürlich ein Schock für die Eggensteiner.

Jetzt waren die Verhandlungspositionen festzulegen: Neureut plädierte nach wie vor für seine Eigenständigkeit und bestärkte dies mit seiner Bürgerinitiative, die mit Plakaten nach Reichenbach angereist war. Eggensteins Gemeinderat lehnte die Planung der Landesregierung ab und präferierte das Modell Neureut-Eggenstein-Leopoldshafen, selbstverständlich mit Verwaltungssitz Eggenstein. Erst in zweiter Linie war an den Verwaltungsraum Eggenstein-Hochstetten zu denken. Le-

opoldshafen bekräftigte nochmals die Eigenständigkeit und alternativ die Landeslösung Eggenstein-Hochstetten mit Verwaltungssitz in Leopoldshafen. Den Gemeinden Linkenheim und Hochstetten blieb, nachdem Liedolsheim und Rußheim sowie Graben und Neudorf sich inzwischen für jeweilige Fusionen entschieden hatten, nichts anderes übrig, als sich nach Süden zu orientieren.

Am 16. Mai 1973 ging es dann im Reichenbacher Kurhaus um die Wurst.

Nachdem zunächst die Stadt Karlsruhe ihre Gebietsansprüche wie bisher erläuterte, wies der Landratsamtsverweser Dr. Ditteney dieses Ansinnen vehement zurück und erntete großen Beifall bei den zahlreich vertretenen Landkreiseinwohnern.

Eggensteins Bürgermeister Emil Knobloch erläuterte ausführlich, warum seine Gemeinde leistungsstark genug sei, um dauerhaft selbstständig zu bleiben. Der aufstrebende Ort mit 6.000 Einwohnern habe entsprechende Vorsorge getroffen, um sich absehbar auf eine Größe von gut 15.000 weiterzuentwickeln. Der Gemeinderat sei deshalb der Meinung, dass eine weiterbestehende Selbstständigkeit die beste Lösung wäre und stimme nur der Einordnung in einer der diskutierten Verwaltungsgemeinschaften (Neureut-Leopoldshafen oder Eggenstein-Hochstetten) als zweitbeste Lösung zu. Weiterhin brachte Knobloch erneut die „kleine Lösung“, also die Fusion von Eggenstein und Leopoldshafen ins Spiel, deren lediglich die übertriebenen Forderungen der Landesregierung entgegenstünden, die für stadtnahe Einheiten mindestens 20.000 Einwohner gefordert hatte.

Als Zwischenergebnis meldete sich Innenminister Schieß zu Wort und lehnte die Dreierlösung mit Neureut endgültig ab.

Nun war es an **Leopoldshafens Bürgermeister Hermann Uebelhör**, die Interessen seiner Gemeinde zu vertreten. Er stellte zunächst heraus, dass die Landkreisempfehlung einer Großen Kreisstadt beim Gemeinderat auf wenig Gegenliebe gestoßen ist und aus verschiedenen Gründen abgelehnt wird. Nach wie vor bestünde der feste Wille zur Selbstständigkeit. Allenfalls könnte man sich mit der kleinen Lösung „Leopoldshafen-Eggenstein“ (!) anfreunden, da beide Gemeinden bereits heute vielfältig verzahnt wären. Die verbindliche Bauleitplanung lasse erwarten, dass bis zum Jahr 1980 nahezu 20.000 Einwohner in dieser Einheitsgemeinde wohnen könnten. Uebelhör bat das Innenministerium, diese Variante trotz bisheriger Ablehnung noch einmal ins Kalkül zu ziehen.

Zur Überraschung der Bürgermeister räumten Regierungsvertreter vor Ort dieser kleinen Lösung dann doch eine Chance ein. Daraufhin beschlossen die Gemeinderäte der beiden Orte umgehend die Bildung der Einheitsgemeinde Eggenstein-Leopoldshafen zu beantragen.

Doch zu früh gefreut – es sickerte in der Folge durch, dass der von der Landesregierung eingesetzte Ausschuss für Verwaltungsreform sowohl die Dreierlösung mit Neureut als auch die kleine Lösung ablehnen würde und nach wie vor auf dem Modell Eggenstein-Hochstetten beharrte. Hektische Betriebsamkeit begann, man schrieb den Ausschuss und das Innenministerium an, besuchte den Landtagsvizepräsidenten und am Tag der Verkündung der Ausschussempfehlung verschiedene Fraktionen des Landtags. Sehr zur Freude der Gemeindevertreter offensichtlich mit Erfolg; der Landtagsausschuss empfahl tatsächlich die kleine Lösung Eggenstein-Leopoldshafen.